

Frank Kuschel
Sonntag, 28. März 2010

Presseinformation für lokale Medien IK

Gewinnausschüttung des WAZV Arnstadt belastet Bürger mehrfach

Der Thüringer Innenminister hat auf Anfrage des Abgeordneten Frank Kuschel (DIE LINKE) klargestellt, dass die Steuern, die der Wasser- und Abwasserzweckverband Arnstadt (WAZV) zahlen muss, durch die Bürger finanziert werden müssen.

Trotz der WAZV - Schulden in Millionenhöhe hatten die Bürgermeister eine Gewinnausschüttung von 300.000 EUR beschlossen. War schon diese Gewinnausschüttung, weil sie letztlich von den Bürgern über die Gebühr finanziert wurde, umstritten, müssen jetzt auch noch fast 40.000 EUR Kapitalertragssteuer gezahlt werden. Zahlen muss auch hier der Bürger, so die Auffassung des Innenministers.

Erstaunlich ist die Begründung dieser Auffassung. „... weil Rechtsprechung des Thüringer Oberverwaltungsgerichtes zu diesem Sachverhalt nicht bekannt ist“.

Selbst wenn es noch keine Rechtsprechung in der Sache gibt, müsste es doch gesetzliche Regelungen geben. „Der Innenminister drückt sich hier vor einer Antwort“, so die Bewertung von Frank Kuschel.

Der Innenminister spielt in der Sache schon in bedenklicher Weise den Ahnungslosen.

Obwohl im öffentlich zugänglichen Wirtschaftsprüfungsbericht 2008 des WAZV die Kapitalertragssteuerpflicht zahlenmäßig benannt ist, verweigert der Innenminister mit Verweis auf das Steuergeheimnis die Offenlegung der Steuerlast für den Zweckverband.

„Es ist zu vermuten, dass der Innenminister nicht an der Aufklärung der Vorgänge im WAZV interessiert ist und damit die umstrittene Verbandspolitik stützt“, kritisiert der Linkspolitiker.

Der Sprecherrat der Bürgerinitiativen und DIE LINKE lehnen die Finanzpolitik des WAZV ab. Die Bürger sind schon durch Beiträge und Gebühren für die Wasserver- und Abwasserentsorgung enorm belastet. Weitere Belastungen durch Gewinnausschüttungen, und in deren Folge Steuerverpflichtungen, sind weder sachgerecht, noch politisch akzeptabel.

„Die Wassergebühren könnten um fast zehn Prozent gesenkt werden, wenn die Bürgermeister den WAZV nicht als Geldquelle für die kommunalen Haushalte missbrauchen würden“, so Frank Kuschel abschließend.

Frank Kuschel